

TV-DUELL VON AfD UND CDU

Eine notwendige Debatte

EIN KOMMENTAR VON WALTRAUD TASCHNER

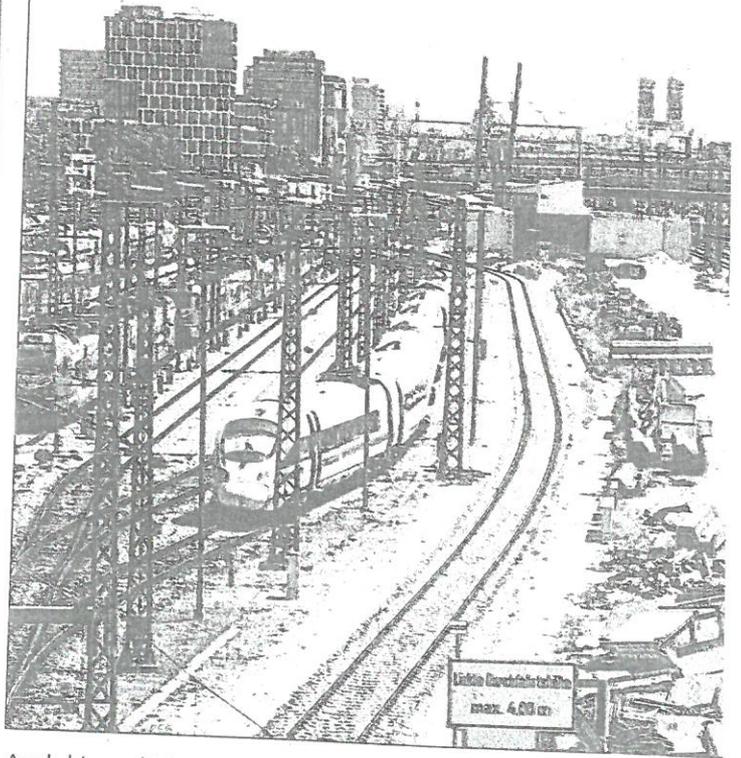
Das geplante TV-Duell der Spitzenkandidaten von AfD und CDU im Vorfeld der Thüringer Landtagswahl hat eine Welle der Empörung ausgelöst. Argument: Man dürfe den „Nazis“ der AfD keine Bühne bieten.

Ernsthaft? Nach dieser Logik dürfte die AfD nämlich auch nicht bei öffentlichen Parlamentsdebatten im Thüringer Landtag sprechen – was ein klarer Gesetzesverstoß wäre. Man muss die AfD keineswegs mögen, aber sie ist eine legale Partei, und es ist keine gute Idee, die Demokratie mit undemokratischen Mitteln zu verteidigen zu wollen. Fakt ist, dass laut Umfragen ein gutes Drittel der Thüringer Bevölkerung der AfD ihre Stimme geben möchte – damit hat sie dort den mit Abstand höchsten Zuspruch aller Parteien. Was ist also falsch daran, wenn deren Pläne öffentlich diskutiert, infrage gestellt und mit Gegenkonzepten konfrontiert werden? Wenn also zum Beispiel aufgezeigt wird, was es wirtschaftlich tatsächlich bedeuten würde, wenn Deutschland, was die AfD ja ins Spiel bringt, die EU verlässt. Immerhin haben die anderen Parteien wiederholt angekündigt, die AfD inhaltlich „stellen“ zu wollen. Hält man die Leute für zu doof, das Für und Wider politischer Konzepte zu kapieren? Dann muss man eigentlich auch das Wahlrecht für alle abschaffen.

Ob das geplante Fernsehduell, was ebenfalls kritisiert wird, am 11. April stattfinden soll, dem Tag der Befreiung der Thüringer Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora, ist Sache des zuständigen Senders Welt tv. Glaubt tatsächlich jemand, dass das Datum extra von der AfD gewählt wurde, um zu provozieren, und dass der Sender das dann so abgenickt hat? Respekt für die Opfer des Nationalsozialismus könnte auch dadurch zum Ausdruck kommen, dass deren Leid nicht ständig verharmlost würde. Indem alles, was rechts von der politischen Mitte steht inklusive der AfD, inflationär als „Nazitum“ bezeichnet wird. Zur Erinnerung: Die Nazis haben Millionen Jüdinnen und Juden systematisch ermordet. Die AfD mag krude Forderungen stellen, für einen Genozid ist sie nicht verantwortlich.

Demokratie bedeutet auch, mit Menschen anderer Gesinnung zu sprechen, ob sie nun Höcke heißen, Orbán, Erdoğan oder Putin. Wer nicht bereit ist, für seine Ideen offen zu streiten, hat schon verloren.

Großprojekte: Deutschland braucht
Nix geht mehr



Auch hier geht kaum etwas voran: Baustelle der zweiten Münchner

Ein Projekt aus Bayern hat den zweifelhaften Ruhm erworben, in einer Reihe mit dem Berliner Flughafen BER und Stuttgart 21 genannt zu werden: 2010 wurde der Bau der zweiten S-Bahn-Stammstrecke in München beschlossen. Baubeginn war erst sieben Jahre später – und aktuell gehen die Planer*innen von einer Fertigstellung 2038 aus. Aus ursprünglich geplanten 2 Milliarden Euro sind mittlerweile 8,5 Milliarden Euro geworden. Tendenz: steigend. Ein Desaster für Bahn und Politik. Und ein Zeichen dafür, dass es in Deutschland immer schwieriger wird, große Infrastrukturprojekte zu verwirklichen.

In so gut wie jedem Landkreis gibt es Beispiele für völlig aus dem Ruder gelaufene Infrastrukturmaßnahmen. 2019 untersuchte die Beratungsfirma McKinsey die durchschnittliche Verzögerung bei der Fertigstellung von Projekten in 20 Staaten. Am besten schnitt Japan ab (0,4 Jahre). am

ren von 5000 auf 20 000 hat – von EU-Vorgaben über nationale Vorschriften bis zu lokalen Vorschriften. Aufrichtige Wirtschaft beschwehmäßig über bürokratische

Bei großen Projekten besteht die Regel ein sogenanntes Genehmigungsverfahren, in dessen Rahmen politische Gremien, Behörden und Privatpersonen einbezogen werden. Häufig muss dabei eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen werden. Dabei wird wie sich das Projekt auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft sowie Kulturgüter auswirken kann. Allein diese Prüfungen dauern mehrere Monate. Bis zum Inkrafttreten des Genehmigungsbeschlusses vergehen oft mehrere Jahre.

Und auch dann heißt es: Die Genehmigungen sind erteilt, zwingend, dass gebaut werden muss. Oft wird geklagt. Tausende Fälle müssen die deutschen Gerichte jedes Jahr be-

AUS DEM INHALT

LEBEN IN BAYERN